

Der Bote vom Geising

Mühlthal-Zeitung

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM, einschließlich Zustragen
Anzeigen: Die viergespaltene 65 mm breite Korpuszeile oder
deren Raum 20 Pf., die 80 mm breite Reklamazeile oder Ein-
spaltzeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei zwangswiseher Ein-
treibung erlischt der Anspruch auf etw. Wiederholungsnachsch.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Ortschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts Lauenstein, sowie der Stadtbehörden
Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: J. A. Kuntzsch, Altenberg — Verantwortliche Schriftleitung: Flora Kuntzsch, Altenberg — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheck Dresden 11811 — Giro Altenberg 11

Nr. 6

Donnerstag, den 14. Januar 1932

67. Jahrgang

Die Landwirtschaft muß schwer leiden

Neuer Notruf der Grünen Front

Die „Grüne Front“ veröffentlicht einen mit den Unterschriften Brandes, Graf Kaldreuth, Hermes, Fehr versehenen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die ungeheure Not des Bauernstandes ist zu einer ersten Gefahr für unser Land geworden. Ohne Unterbrechung geht der Preissturz für Vieh, Wollereierzeugnisse des Bauern weiter. Nach den neuesten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung betragen die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft aus Getreide, Kartoffeln, Vieh, Wollereierzeugnissen, Eiern, Zucker, Weinmost und Tabak im Jahre 1930/31 acht Milliarden Reichsmark gegen neun Milliarden Reichsmark im Jahre 1929/30 und werden nach dem gegenwärtigen Stande der Produktionsfähigkeiten und der Preise für 1931/32 kaum mit mehr als 6,6 Milliarden Reichsmark zu veranschlagen sein. Das bedeutet

in den letzten beiden Jahren einen Rückgang um 26 $\frac{2}{3}$ Prozent.

Jede Maßnahme, die, wie der Vollstreckungsschutz, eine Atempause für die Landwirtschaft darstellen soll, verliert ihren Sinn und Zweck, wenn nicht gleichzeitig entschlossen die Grundlagen für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Hieran aber fehlt es. Die Rentabilität der Landwirtschaft kann unter den gegenwärtigen Umständen keineswegs allein durch Erzeugungskostenreduzierung erreicht werden, sondern bedarf vor allem auch einer nachdrücklichen Stützung von der Preisseite her.

Von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie endlich dem deutschen Bauern sein Recht zuteil werden läßt, indem sie ihn mit allen anwendbaren Mitteln vor der vernichtenden Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen schützt. Die Unterbindung jeglicher entbehrlichen Einfuhr von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und von Holz ist zudem zur Verteidigung unserer bereits stark zusammengeschmolzenen Währungsreserven unerlässlich. Es müssen auch alle Maßnahmen des Kommissars für Preisüberwachung sich hinsichtlich der Lebensmittelpreise auf die Herabminderung der Handels- und Verarbeitungsspanne beschränken und dürfen nicht dazu führen, daß ein weiterer Druck auf die Preise ausgeübt wird, die der landwirtschaftliche Erzeuger erhält. An Stelle immer wiederholter Versicherungen verlangen die deutschen Bauern endlich entschlossene Taten. — Der Aufruf schließt mit der Mahnung an alle Landwirte, höchste Geschlossenheit und Einigkeit zu bewahren.

Eine Rede Schieles

In einer Rundfunkrede wies am Montagabend Reichsernährungsminister Dr. Schiele auf die fortschreitende Senkung der deutschen Lebensmitteleinfuhr hin, die im nationalwirtschaftlichen Interesse von allergrößter Bedeutung sei. Während 1927 noch insgesamt 10,4 Millionen Tonnen ausländischer Erzeugnisse im Werte von 3,4 Milliarden RM eingeführt worden seien, betrug die Einfuhrmenge 1931 nur noch ein Drittel, nämlich 3,6 Millionen Tonnen im Werte von 1,2 Milliarden. Die genannten Zahlen über den Rückgang überflüssiger Nahrungsmiteleinfuhr seien in unserer jetzigen außenpolitischen Lage geradezu Schicksalsziffern. Wirtschaftspolitik und Außenpolitik in organischer Verbindung seien erst die Grundlage für eine straffe Staatspolitik.

Weiter wies der Minister noch auf die kaum zu überschätzenden Möglichkeiten hin, die die Landwirtschaft für die Lösung der Arbeitslosenfrage biete.

Vorbereitungen zur Volkswahl

Scheitern des Reichskanzler-Vorschlags

Die parlamentarische Aktion des Reichskanzlers zur Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg durch den Reichstag ist nunmehr auch formell abgeschlossen. Der Reichspräsident hat Dienstagabend den Kanzler zum Vortrag empfangen, wobei der Kanzler, wie in einer amtlichen Mitteilung gesagt wird, dem Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag berichtete. Auf Grund dieses Vortrages hat der Reichspräsident den Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

Während die Bemühungen des Reichskanzlers um die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zum Abschluß gekommen sind, beschäftigt man sich in politischen Kreisen stark mit der Frage der weiteren Entwicklung. Nirgends besteht eigentlich ein Zweifel darüber, daß jetzt der Weg zur Volkswahl auf breiter Basis frei ist. Für die Einleitung der Volkswahl gibt es nach Ansicht politischer Kreise zwei Möglichkeiten: eine Initiative der Parteiführer. In dieser Richtung sind auch bereits Bemühungen im Gange, und zwar hat sich unteres Wissen Graf Westarp mit den Führern der anderen Gruppen der gemäßigten Rechten und der Mitte in Verbindung gesetzt, um entsprechende Schritte einzuleiten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die ganze Frage jetzt mit dem größten Takt behandelt werden muß, um in geeigneter Form vorwärts gebracht zu werden. Als eine der ersten Voraussetzungen für das Gelingen betrachtet man es deshalb auch, daß die Bemühungen von vornherein auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden, d. h. daß der Block, der die Kandidatur des Reichspräsidenten für die Volkswahl vorschlägt so weit wie möglich von rechts bis links reicht.

Ein zweiter Gedanke, den man erörtert, geht in der Richtung, daß die Wiederaufstellung Hindenburgs durch ein Gremium führender Persönlichkeiten des deutschen Volkes behandelt wird, die nicht in erster Linie und ausschließlich Politiker sind. Es kämen also die Spitzen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der verschiedenen Berufsstände usw. in Frage, um den Charakter der Volkswahl und des Eintretens ohne Unterschied der Parteien und der Stände besonders deutlich zu dokumentieren.

In unterrichteten Kreisen rechnet man darauf, daß der Reichspräsident sich einem solchen Ruf nicht entziehen würde.

Die Antworten an Brüning Hitlers Abgabe

Der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Adolf Hitler, hat folgendes Schreiben an Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bezw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.

Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen, sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler.“

Dieser Brief wurde im Auftrage Hitlers dem Herrn Reichskanzler durch Hauptmann Goering persönlich überreicht.

Im Laufe des Montags und Dienstags haben, wie von

nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, wiederholt Besprechungen zwischen Staatssekretär Meißner und Hauptmann Goering stattgefunden, die vonseiten der NSDAP den Zweck hatten, eine Klärung der Lage herbeizuführen.

Hugenbergs Ablehnung

Das Schreiben des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg an Reichskanzler Brüning lautet wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Sie legten mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind das die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalte dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst keine Wahl angeregt und durchgeführt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität“ der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauensfundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt würde, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlamentes. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt um so weniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde weniger als eine Vertrauensfundgebung für den Herrn Reichspräsidenten, als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorhabens für uns nicht in Frage kommen kann.“

Gegen den Inhalt des Briefes Hugenbergs an Reichskanzler Brüning wird von amtlicher Seite recht deutlich Stellung genommen, und es wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Behauptung, der Kanzler habe die ganze Frage nur im Einverständnis mit Zentrum und Sozialdemokraten aufrollen wollen, jeder Grundlage entbehre. Ebenso sei es unzutreffend, wenn Hugenberg behauptet, daß hinter der Regierung keine Mehrheit mehr stehe. Die Sitzung des Alttestenrates habe erst wieder den Beweis erbracht, daß die Mehrheit des Reichstages bei ihrem Beschlusse, das Plenum nicht einzuberufen, durchaus im Sinne der Reichsregierung gehandelt habe.

Der kommunistische Kandidat

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, bei den Reichspräsidentenwahlen in jedem Falle als eigenen Kandidaten den Vorsitzenden der Partei, Ernst Thälmann, aufzustellen.